

und auch praktikable Lösung gehalten. In Köln konzentrieren sich seit einiger Zeit die Auseinandersetzungen um das frühere, von Johannes Paul II. in eine weltweite Personalprälatur verwandelte Säkularinstitut.

Köln ist Sitz des Westdeutschen Rundfunks, dessen für Kirchenfragen zuständige Redaktionen die Debatte über die wegen ihrer Spiritualität, ihrer Organisationsform und ihrer nicht sehr durchsichtigen Werbemethoden unter jungen Menschen ins Gerede gekommene Organisation nicht nur aufgegriffen, sondern zu einer regelrechten Kampagne ausweiteten. In Köln und Umgebung ist das Opus Dei schon seit längerer Zeit stark präsent, u. a. auch an einzelnen Schulen. Dort hat der Regionalvikar des Opus Dei für Deutschland seinen Sitz. Dort sind auch die beiden aus jüngster Zeit meistbekanntesten Autoren von Büchern über das Opus Dei (vgl. HK, November 1983, 533–534) beheimatet, der das Opus Dei unkritisch beweihräuchernde Historiker *Peter Berglar* und dessen, wenn man so will, noch junger Antipode *Klaus Steigleder*, der in seiner „Innenansicht“ des Opus Dei bei allem Sinn für Objektivität zu sehr aus persönlicher Betroffenheit beschrieb, als daß Sympathisanten des Opus Dei ihm Urteilsfähigkeit in der Sache zutrauten. Und Kölns Kardinal gilt seit langem als einer der nachdrücklichsten Befürworter des Opus Dei im deutschen Episkopat. Er hat anlässlich des Konflikts in Köln-Holweide auch so deutlich Partei für dieses ergriffen, daß Gegner des Opus in ihm keinen über den Parteien stehenden Sachwalter mehr sehen konnten.

Ohne diese auf ihre Weise speziell kölnische Konstellation wäre aus dem Vorgang wohl nicht so viel Aufhebendes gemacht worden. Im Prinzip müßte ja innerhalb der Kirche und in jeder Gemeinde so viel *Toleranz* möglich sein, daß die Übernahme einer Pfarrei durch Priester einer gesamtkirchlich anerkannten Institution zu keinen unüberwindlichen Konflikten führt. Gerade umstrittene Priester- und Laienorganisationen können in der „regulären“ kirchlichen Arbeit zeigen, was an seelsorglicher Vernunft in ihnen

steckt. Es entspricht nicht katholischem Selbstverständnis, bei der Installierung von Amtsträgern sich nach Kriterien persönlichen Geschmacks der Gemeindemitglieder oder auch des Bischofs zu richten.

Freilich gehört das Opus Dei nun einmal zu den bislang umstrittensten kirchlichen Organisationen. Und es ist keineswegs so, daß die Päpste dieser gegenüber bisher keinerlei Bedenken gehabt hätten. Erst unter *Johannes Paul II.* ist dem Opus Dei mit einiger Mühe die lange angestrebte Umwandlung in eine *Personalprälatur*, die ihr einen eigenen, vom Ortsordinarius unabhängigen Klerus ermöglicht, gelungen. Bis heute ist der Streit darüber, ob dies richtig war und ob dadurch nicht ein *Präjudiz* für andere Organisationen, die Ähnliches anstreben möchten, geschaffen wurde, noch nicht abgeklungen. Deswegen sind schlechthinnige Unbedenklichkeitsbescheinigungen durch einzelne Bischöfe für eine Versachlichung der Diskussion über das Opus Dei kaum hilfreich. Dieses hat es selbst in der Hand, durch ein jeden psychischen Druck ausschließendes inneres Klima und durch mehr Offenheit nach außen und Einsichtgewähren in Statut und innere Führung, das Image eines quasi jugendgefährdenden katholischen Geheimbundes loszuwerden.

Und die Bischöfe? Vielleicht täten sie sich bei solchen Konflikten auch im Gespräch mit Gemeinden leichter, wenn sie von vorneherein um eine strikte, nicht nur taktische, sondern von der Sache her plausible Balance bemüht wären. Wenn man lateinamerikanischen Bischöfen, die der Theologie der Befreiung nahestehen, bischöfliche Visitatoren ins Haus schickt, um in deren Ausbildungsstätten nach dem Rechten zu sehen, dann wäre eine abwartende und kritische Begleitung, wie sie zum Beispiel von Kardinal *Hume* von Westminster (vgl. HK, März 1983, 126) praktiziert wurde, einer so umstrittenen Organisation wie dem Opus Dei gegenüber wenigstens ebenso legitim und wohl auch ratsam. Die Tatsache, daß Kirchenleitungen die Art von Kirchlichkeit, wie sie das Opus Dei pflegt, in

der Regel mehr entspricht als die, die in lateinamerikanischen Basisgemeinden entsteht, dürfte kein Grund sein, im letzteren Fall nur Gefahr und im ersteren nur Gutes zu sehen. se

Ein Jahr danach

Auch eine Fehlanzeige kann es wert sein, angezeigt zu werden. Was ist beispielsweise ein Jahr danach vom „*heißen Herbst*“ 1983 übriggeblieben? Wenig, wie es scheint. Der Elan, auf die Straße zu gehen, die Bereitschaft, an Aktionen des zivilen Ungehorsams teilzunehmen, haben sichtlich abgenommen. Die Proteste gegen die Herbstmanöver der NATO werden aller Voraussicht nach nicht die Ausmaße annehmen, die man von der Nachrüstungsdebatte gewohnt war. Der organisierte Teil der Friedensbewegung scheint hinlänglich damit beschäftigt zu sein, aus den Anti-Nachrüstungsfunkeln der Jahre 1980 bis 1983 eine solide Anti-Militarismus-Glut für die kommenden Jahre zu entfachen, ist davon jedoch noch weit entfernt. Diejenigen, die schon vor einem Jahr zu wissen glaubten, das ganze sei nur ein Spuk, fühlen sich bestätigt.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob das Fehlen spektakulärer Aktivitäten seitens der Friedensbewegung nicht wechselt wird mit einem *tiefgreifenden Wandel der öffentlichen Meinung* zugunsten der herkömmlichen Sicherheitspolitik, der so nicht stattgefunden hat. Die Friedensbewegung erreichte ihr Ziel zwar nicht, die Nach-Rüstung mit nuklearen Mittelstreckenwaffen in Mitteleuropa zu verhindern; und aller apokalyptisch anmutenden Aufladung des vergangenen Herbstes zum Trotz ist das Leben auch mit Nachrüstung und Nachnachrüstung weitergegangen. Dennoch ist die Welt nicht einfach dieselbe, die sie vor dem Stichtatum Herbst '83 war. Ein weitaus größerer Teil der bundesdeutschen Bevölkerung als noch vor Jahren ist sensibilisiert für Fragen der Rüstungs-

und Sicherheitspolitik. So verständlich den Bürgern der Abschreckungsgedanke im Ansatz auch weiterhin ist, ein Weiterdrehen an der Rüstungsschraube ins Unendliche als Voraussetzung für den Erhalt kollektiver Sicherheit dürfte dem Bürger weniger denn je plausibel zu machen sein.

Die in dieser Frage angestaute *Bereitschaft zum Dissens* bis hin zu Aktionen, die als Formen des gewaltlosen Widerstands verstanden werden, ist mit Beginn der Nachrüstung nicht erloschen. Sie wird sich zu gegebener Zeit reaktivieren lassen. Wäre es vor einem Jahr, wie dies gerade im Ausland vielfach so dargestellt wurde, im wesentlichen um die Frage gegangen: Pazifismus—ja oder nein, dann hätte es Sicherheitspolitik heute leichter. Da jedoch auch solche Bürger Zweifel an der Notwendigkeit der Nachrüstung hegten, die die Notwendigkeit militärischer Verteidigungsbereitschaft im Sinne des z. Z. noch unvermeidlichen geringsten Übels durchaus akzeptieren, bleibt auch über den Herbst 1983 hinaus ein kritisches Potential, mit dem jede Verteidigungspolitik weiterhin zu rechnen hat.

Und selbst wenn die Zeit der großen Erklärungen zum Thema seitens der Kirche vorüber ist, das Friedenthema ist auch aus den *Kirchen* keineswegs verschwunden. Es sieht vielmehr so aus, als sei man vielerorts dabei, unbelastet vom Druck der Tagesaktualität sich diesem Thema wieder neu zu nähern, so als müsse man nun erst einmal verdauen, was in dieser Sache gerade auch in den Kirchen an Bewußtseinswandel vor sich gegangen ist und noch vor sich geht.

Die *religiöse Motivation* besaß in der Friedensbewegung eine für viele überraschend große Bedeutung. Und so unterschiedlich die Hirtenworte der Bischofskonferenzen aus aller Welt auch ausfielen: Der Raum, in dem (nukleare) Abschreckung als „noch“ legitim akzeptiert wird, ist enger geworden. Dahinter können die Kirchen nicht so ohne weiteres zurück. Nun erst recht sind Christen an der Reihe, wenn es darum geht, auf dem veränderten Boden praktische Politik zu machen. nt

Sinneswandel?

Warum nicht gleich so? fragt man sich, nachdem der Erziehungsminister der Regierung Fabius, *Jean-Pierre Chevènement*, Angaben über die von der neuen Regierung nach über zweieinhalb Jahren Schulstreit eingeschlagene Richtung bei der Reform des französischen Schulwesens gemacht hat (vollständiger Text in: *La Croix*, 31. 8. 84). Auch wenn noch keinerlei Klarheit in jeder Einzelheit besteht, so stellen die Vorschläge Chevènements doch eine gänzliche Abkehr vom Weg der früheren Regierung Mauroy und ihres Erziehungsministers *Alain Savary* dar.

Auf die Frage, wie er sich diesen plötzlichen Gesinnungswandel erkläre, gab Chevènement in einem Interview lapidar zur Antwort: „Nach dem Regen kommt das schöne Wetter“ (*La Croix*, 7. 9. 84). Er kann damit allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß man sich allenthalben auch in Frankreich fragt, warum es so weit kommen mußte: „Wieviel verlorene Zeit, wieviel Gerede, blinde Gefolgschaft, wieviele unnütze Verhandlungen, wieviel falscher Alarm! ... Was für ein Irrtum seitens der Regierung, sich diesen Hemmschuh zuzulegen, der, nachdem er sie in einem nicht enden wollenden Kampf schwächte, letztlich im Museum der Ideale des Sozialismus landet, das Projekt der Vereinheitlichung des Schulwesens“ (*Le Monde*, 31. 8. 84).

Nach diesen neuerlichen Vorschlägen wird es ein „Gesetz Chevènement“ zur Frage der privaten Schulen Frankreichs nicht geben. Die Regierung will den Schulstreit im Rahmen anderer Gesetzesvorhaben miterledigen, und zwar im Zusammenhang mit dem Haushalt und der Dezentralisierung. Das übrige soll in *Ausführungsbestimmungen* geregelt werden. Von der Schaffung von sogenannten „Einrichtungen des öffentlichen Interesses“ sowie der Verbeamtung der Lehrer privater Schulen ist keine Rede mehr.

Daß für die Einrichtung neuer Stellen für Lehrer in Zukunft einheitliche Bestimmungen für private wie öffentliche Schulen gelten sollen, die Privatschulen mithin im Gegensatz zum gegenwärtig noch geltenden Recht sich im Rahmen einmal verabschiedeter Budgets bewegen müssen, gehörte schon zu den Vorschlägen Savarys und war auch von den Vertretern der Privatschulen akzeptiert worden.

Das Neue an der Situation nach den Vorschlägen Chevènements ist nicht so sehr der Inhalt dieser Vorschläge. Hier geht man möglichem Streit aus dem Weg. Im übrigen hatte auch der Vorschlag von Savary das Schulsystem, bestehend aus voneinander unabhängigen, öffentlichen und privaten Schulen, in der Substanz nicht angetastet. Das Neue besteht vielmehr darin, daß nunmehr die Verfechter einer harten laizistischen Linie ihren Widerstand aufgeben zu haben scheinen.

Ihre Reaktionen klangen überaus versöhnlich und stellten angestrengte Bemühungen dar, ohne Gesichtsverlust den Rückzug aus dem Kampfgebiet Privatschule anzutreten. Wenn sie auch diesen Vorschlägen gegenüber immer noch betonten, sie gingen in die richtige Richtung, indem sie die Eingriffsmöglichkeiten des Staates verstärkten, so können sie damit nur unzulänglich die Tatsache verdecken, daß sie der Sache nach mehr denn je Grund sehen müßten, ihre unerfüllten Hoffnungen auf ein „öffentliches, einheitliches und laizistisches nationales Erziehungswesen“ (so der Präsidentschaftskandidat *François Mitterrand*) einzuklagen. Möglich wurde dieser „Waffenstillstand“, wie die Situation nach den Vorschlägen Chevènements mehrfach genannt wurde, wohl vor allem durch den Wunsch, das leidige Thema des „Schulfriedens“ so schnell wie möglich von der Tagesordnung zu bekommen, da das Ansehen von Präsident, Regierung und Parlamentsmehrheit durch andere Fragen schon belastet genug ist. Zu den Versuchen Premierminister *Laurent Fabius*, Frankreich einen „modernen Sozialismus“ zu präsentieren, hätte eine Fortsetzung des leidigen Schulstreits nur schlecht gepaßt. nt